

Die Kunst und das Geld

Die Verwaltung und viele Politiker wollen nicht, dass an die Marler Kunstlandschaft wirtschaftliche Maßstäbe angelegt werden

Eine Stadt von Welt hat ein Museum, hat einen Ruf in der Kulturszene, wirbt für sich als Anziehungspunkt und Reise-Wert. Marl war vor 50 Jahren auf dem Weg nach ganz oben. Die Zeiten sind vorbei. Es geht nur noch ums Sparen.

Hinterfragt man in Marl die Kosten für die Kultur, dann werden unsere Politiker nervös. Jetzt wollte die Bürgerliste die Gesamtkosten für das Skulpturenmuseum wissen. Dafür wurde die Bürgerliste vom Bürgermeister rüde zusammengestaucht.

Seit Jahren stellt sich der Bürgermeister beim Thema Skulpturenmuseum quer. Er druckst bei den Kosten, schummelte bei den Plänen und den Kosten einer Erweiterung, er will nichts sagen, wenn man nach konkreten Besucherzahlen fragt und konnte jahrelang nicht ermitteln, welchen Wert die Marler Kunst eigentlich hat. Nur in einem Punkt ist er wortreich: Wenn es darum geht, die europaweit



Modell der geplanten Museums-Erweiterung.

Foto: Repro aus Katalog

anerkannte Wichtigkeit großzureden und herbeizuzaubern.

Welchen Wert hat das Museum, darüber lässt sich trefflich streiten. Jetzt aber wollte die Bürgerliste harte Fakten wissen: Welche Gesamtkosten entstanden in den letzten Jahren? Welche Nebenkosten gibt es? Was kostet die Kunstwerk-Pflege in den Außenbereichen? Wie oft werden sie gewartet und welche Schäden entstanden durch die Vernachlässigung der Wartungen? Was kostet das Personal und

welche Aufgaben erfüllt es? Im letzten Herbst schon versprach der Kultur-Dezernent Klaus-Peter Lauche (SPD) eine entsprechende Aufstellung. Die untersagte ihm der Bürgermeister. Arndt ahnte wohl, wie schwer es ist, die Kosten zu rechtfertigen, während in der Stadtkasse über eine halbe Milliarde Euro fehlen.

Darf man Mini-Zuschüsse an Vereine auf den Prüfstand stellen, Zuschüsse zur Jugendarbeit gnadenlos zusammenstreichen und Sozialausgaben rigoros kappen? Aber bei der Kunst

darf das Wort Sparen nicht in den Mund genommen werden?

Der Bürgermeister hat seine eigene Logik. „Die Beantwortung der Fragen beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit der Verwaltung.“ Arndt kündigte an, prüfen zu wollen, ob nicht die Grenzen des Fragerechts überschritten seien.

Unser Vorschlag: Fragen beantworten und nicht die Zeit verplempern mit der Frage, ob das demokratische Fragerecht missbraucht wird.